UMSCHAU

Zur gegenwärtigen Lage des Moskauer Patriarchats

Die innere Lage des Moskauer Patriarchats ist in den letzten Jahren immer bedrohlicher geworden. Seit etwa 1959 ist ein neuer Angriff gegen die orthodoxe Kirche in Rußland im Gang, dessen Ziel es zu sein scheint, die Kirche in absehbarer Zeit zu vernichten. Das ist für den westlichen Beobachter um so erstaunlicher, weil gleichzeitig die Beziehungen dieser Kirche nach außen so intensiv geworden sind wie nie zuvor, was ohne die Zustimmung der Sowjetregierung undenkbar wäre.

Zum Verständnis dieser Situation muß man die Haupttatsachen der inneren Entwicklung der orthodoxen russischen Kirche seit der bolschewistischen Revolution kennen. Am Vorabend der Revolution, im November 1917, wurde Patriarch Tichon gewählt. Das bolschewistische Regime inszenierte alsbald eine blutige Verfolgung. Patriarch Tichon wurde im Mai 1922 verhaftet und ein Jahr später wieder freigelassen, nachdem er im Gefängnis eine Loyalitätserklärung gegenüber der Sowjetregierung unterzeichnet hatte. Er starb am 8. April 1925. Sein Nachfolger als stellvertretender Patriarch wurde Metropolit Sergius, der im Juli 1927 durch eine unterwürfige Erklärung gegenüber der Sowjetregierung halbwegs erträgliche Lebensbedingungen für die Kirche zu erkaufen suchte. Das gelang nicht. Bald darauf setzte eine neue Verfolgungswelle ein, die von 1928 bis 1932 dauerte und 1937 bis 1939/40 wieder aufgenommen wurde. Die neue Religionspolitik der Sowjetregierung nach dem Kriegseintritt machte am 8. September 1943 die Wahl des bisherigen Stellvertreters, Metropolit Sergius, zum Patriarchen möglich. Nach seinem Tod wählte ein Nationalkonzil im Februar 1945 den gegenwärtigen Patriarchen Alexius. Das gleiche Konzil beschloß ein Statut für die Patriarchatskirche, das deren Hierarchie, Diözesen und Pfarreien eine rechtliche Ordnung gab. Durch Dekret vom 22. August 1945 erkannte die Regierung die Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts an. Es blieb aber beim Verbot jeder religiösen Propaganda und des Religionsunterrichts an Personen unter 18 Jahren. Immerhin konnte die russische Patriarchatskirche wiederum 73 Diözesen und etwa 20000 Pfarreien organisieren, zwei geistliche Akademien, in Moskau und Leningrad, dazu acht Seminare eröffnen und die Zahl der Klöster auf etwa 70 erhöhen. Nach dem Tod Stalins erlebte die Kirche einige Jahre der Toleranz, in denen sie sich innerlich weiter festigen konnte.

· Mit dem Jahr 1959 begann eine neue heftige und systematische Verfolgung. Die Regierung legt aber weiter Wert darauf, eine Fassade der Religionsfreiheit aufrechtzuerhalten. Noch 1958 konnte die orthodoxe Kirche zum vierzigjährigen Jubiläum der Wiederherstellung des Patriarchats ein reichillustriertes Werk in sieben Sprachen herausgeben: "Die orthodoxe russische Kirche, ihre Organisation, ihre Lage und ihre Tätigkeit". Bei der Industrieausstellung in Paris im September 1961 zeigten die Sowjets neben Bildern von Chruschtschew auch Photos von offenen und überfüllten Kirchen, Beim Besuch des Patriarchen Alexius im Nahen Osten Ende 1960 wurde ein Dokumentarfilm gezeigt mit dem Titel "Triumph der Orthodoxie" 1.

In Wahrheit hatte aber im Jahr 1959 der allgemeine Angriff gegen die Kirche begonnen. Ein Symptom des neuen Kurses war es, daß der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, der beim Volk hochangesehene Metropolit Nikolaus von Krutizy, im Jahr 1960 durch den sehr jungen damaligen Archimandriten Nikodim, jetzt Metropolit von Leningrad, ersetzt wurde. Nikolaus von Krutizy hatte ohne Zweifel bei seinen zahlreichen Reisen ins Ausland die Außenpolitik der Sowjets aktiv unterstützt, galt aber doch als Vertreter einer

¹ Die hier berichteten Ereignisse und die Zitate sind, wenn nicht anders angegeben, offiziellen russischen Publikationen entnommen, vor allem der "Moskauer Patriarchatszeitschrift", den "Nachrichten des Kirchlichen Rates" und der Zeitschrift "Nauka i Religia" ("Wissenschaft und Religion").

energischen Haltung der Kirche gegenüber dem Staat. Er mußte gehen und starb im Dezember 1961 unter geheimnisvollen Umständen. Das Volk war überzeugt, daß er ermordet worden sei. Um dieselbe Zeit wurde Georg Karpov, Chef des Rates für die Angelegenheiten der orthodoxen russischen Kirche, der sich, wie es scheint, ehrlich um einen erträglichen modus vivendi zwischen Staat und Kirche bemüht hatte, durch einen schärferen Mann, Wladimir Kurojedev, abgelöst.

Mit dem Beginn des neuen Kirchenkampfes im Jahr 1959 wandte die Regierung wiederum die bestehenden Gesetze mit aller Strenge an und ging auch zu willkürlichen administrativen Maßnahmen über. Die Stellung der Kirche beruhte zum Teil auf einem stillschweigend angenommenen modus vivendi ohne gesetzliche Grundlage. Es gibt zum Beispiel kein Gesetz, das die Existenz der Klöster und Seminare autorisiert. Eine willkürliche Interpretation der bestehenden Gesetze ermöglicht leicht die Schließung vieler Kirchen. Man verlangt von den Priestern die Ablieferung von 83 % ihrer Einkünfte als Steuern. Damit waren die Pfarreien gezwungen, das Einkommen der Geistlichen auf ein Vielfaches zu erhöhen, um ihnen ein Existenzminimum zu sichern. Da sie dazu vielfach nicht imstande waren, führte diese Maßnahme ohne weiteres zur Aufhebung vieler Pfarreien2.

Die Regierung ging aber auch zum Erlaß neuer Gesetze gegen die Kirche über. Sie zwang die Synode durch Beschluß vom 18. April 1961, das Statut vom Januar 1945 dahingehend abzuändern, daß die Pfarrer auf den rein religiösen Bereich eingeschränkt und von jedem Einfluß auf die Finanzverwaltung der Pfarrei, die einem Laienausschuß übergeben wurde, ausgeschlossen wurden. Auch die Autorität der Bischöfe wurde beschnitten. Heute können drei Bischöfe zusammen mit dem Patriarchen Entscheidungen treffen, die früher der Bischofssynode vorbehalten waren. Eine Bischofsversammlung im Juli des gleichen Jahres mußte diese Beschlüsse gutheißen, nachdem man die opponierenden Bischöfe aus ihrem Amt entfernt hatte. Ein Dekret des Präsidenten vom

14. März 1966, das zunächst nur in der russischen Sowjetrepublik gilt, aber sicher für die gesamte Sowjetunion gedacht ist, schränkt die Kultfreiheit weiter ein. Es verbietet Sammlungen innerhalb und außerhalb der Kirche, die Verbreitung von Flugblättern, die Abhaltung von Prozessionen usw.; dazu verschärft es die Strafbestimmungen des sowjetischen Strafgesetzbuches für Übertretungen der Gesetze über die Trennung von Kirche und Staat.

Außerdem setzt sich die Regierung (oder untergeordnete Ausführungsorgane) über die schon sehr einschränkenden Gesetze willkürlich hinweg. Hierüber führt das auch im Westen bekanntgewordene Memorandum zweier junger orthodoxer Priester, das am 15. Dezember 1965 an die Sowjetregierung gerichtet wurde, bewegte Klage³. Die beiden Priester, Nikolaus Esliman und Gleb Yakunine, wurden inzwischen vom Patriarchen suspendiert.

In diesem Dokument wird im einzelnen nachgewiesen, daß ein Großteil der Maßnahmen gegen die Kirche im Widerspruch zu den geltenden Gesetzen steht. Die untergeordneten Organe mißbrauchen die Vorschrift der Registrierung der religiösen Vereinigungen zu einer willkürlichen Kontrolle über alle Weihen, Ernennungen und Versetzungen der Geistlichen. Sie entziehen bereits anerkannten Geistlichen nach Belieben die Registrierung. Entgegen den Gesetzen über die Kultfreiheit verlangt man die Registrierung der Taufen und der religiösen Eheschließungen. Es ist nunmehr verboten, auf den Friedhöfen und in den Häusern der Gläubigen religiöse Riten zu vollziehen. Man verlangt für jeden Einzelfall eine ausdrückliche Genehmigung. Die Kinder und Jugendlichen versucht man mit Gewalt am Besuch der Kirche zu hindern. Das alles ist gegen die Verfassung und die bestehenden Gesetze.

Der Kampf der Regierung richtet sich gegen die religiösen Institutionen, gegen Kirchen und Pfarreien, Klöster und Seminare. Schon in den Jahren 1960 und 1961 wurden unter den verschiedensten Vorwänden zahlreiche Kirchen ge-

² N. Struve, Les chrétiens en U.R.S.S. (Paris 1963) 259.

³ Den vollständigen Text siehe in französischer Übersetzung in: Informations Catholiques Internationales (1. 4. 1966) 17 ff.

schlossen. Im Memorandum der beiden Priester wird festgestellt, daß seit 1961 10 000 Kirchen weggenommen worden seien, das heißt die Hälfte aller bislang noch offenen Gotteshäuser. Unter den Nachfolgern Chruschtschews ließ der Rhythmus der Kirchenschließungen etwas nach. Augenblicklich scheint man damit aufgehört zu haben.

Der Angriff der Regierung richtet sich gleicherweise gegen die Klöster und Seminare. Die Zahl der Klöster sank in den letzten Jahren von rund 70 auf etwa 30. Im Jahr 1965 bestanden nur noch drei Seminare: Moskau (d. h. Zagorsk unweit von Moskau), Leningrad und Odessa. Moskau und Leningrad sind gleichzeitig geistliche Akademien. Die Zahl der Studenten in diesen Seminaren beläuft sich nach Angaben, die Metropolit Nikodim Anfang 1966 Vertretern der amerikanischen Zeitschrift "America" machte, auf insgesamt 600: in Zagorsk 300, in Leningrad 200, in Odessa 1004. Wie verschwindend gering diese Zahl für die schätzungsweise 40 Millionen Gläubigen der orthodoxen Kirche ist, liegt auf der Hand.

Besonderes Gewicht legt die Regierung auf die antireligiöse Erziehung der Kinder und auf die Verhinderung jeder religiösen Einflußnahme auf die heranwachsende Generation. Man scheut selbst nicht davor zurück, religiös gesinnten Eltern die Kinder wegzunehmen. Die "Komsomolskaja Pravda" schreibt am 16. Januar 1964: "Einem Kind seine Mutter wegnehmen, ist eine harte Maßnahme; aber es gibt Situationen im Leben, in denen man um des Kindes und seines Glückes wegen es von seiner Mutter trennen muß, bis es gelernt hat, klar zu sehen, und bis seine Intelligenz voll entwickelt ist." Es ist vorgekommen, daß man Priester schon deswegen bestraft hat, weil sie Kindern Schokolade schenkten.

Die Regierung und die ausführenden Organe gehen in den letzten Jahren mehr und mehr dazu über, Sowjetbürger, die noch ihre Religion praktizieren, deswegen zu schikanieren. Die verfassungsmäßig garantierte Kultfreiheit wird also nicht mehr geachtet. Man bedroht religiöse

In den letzten Jahren ist eine erhebliche Verschärfung der antireligiösen Propaganda festzustellen. Die "Pravda" vom 2. März 1964 berichtet von einem Beschluß des Zentralkomitees der kommunistischen Partei über Maßnahmen zur Intensivierung der antireligiösen Erziehung des Volkes. Es soll ein Institut für wissenschaftlichen Atheismus an der Akademie für Sozialwissenschaften des Zentralkomitees errichtet werden. In den öffentlichen Schulen soll der Akzent stärker auf die antireligiöse Erziehung gelegt werden. "Nauka i Religia" (1964/1) fordert zur antireligiösen Propaganda in der Armee auf. "Agitator" schreibt im Jahr 1961 (Nr. 14): "Die Erfahrung beweist, daß eine enge und direkte Verbindung zwischen der Religion und der Kriminalität besteht ... Nur die verdummten und geistig verbogenen Menschen sehen nicht, daß es der Religion eigentümlich ist, zum Verbrechen zu treiben."

Trotz aller Propaganda ist jedoch die Religion immer noch stark. Diese Tatsache wird auch von offizieller Seite bisweilen zugegeben und gerade als Beweggrund für die Verstärkung des Kampfes gegen religiöse Vorurteile gebraucht. Man will aber doch Erfolg erzielt haben. Die "Pravda" schreibt am 26. September 1962: "Die alten Lebensformen werden nicht ohne Kampf verschwinden. Nicht wenige Sowjetbürger sind noch Gefangene der religiösen Ideologie. In den letzten Jahren ist in unserem Land das Bemühen um die atheistische Erziehung sichtlich verstärkt worden und hat erreicht, daß ganze Gruppen von Gläubigen der Religion entfremdet wurden." Am 10. Januar 1966 sagte jedoch ein Sprecher von Radio Moskau: "Religiöse Legenden interessieren immer noch viele Leute. Ich besuchte Kharkov, Rostov und Krasnodar. Stellen Sie sich mein Erstaunen vor, als ich in den Kirchen nicht bloß alte Weiber, sondern auch junge Leute beim Gottesdienst fand. Das bedeutet, daß der Kampf ge-

Menschen mit Entzug ihres Arbeitsplatzes. "Nauka i Religia" berichtet von Fällen dieser Art und empfiehlt generell, auf die gläubigen Arbeiter Druck auszuüben und ihnen die Entlassung anzudrohen, falls sie ihre Religion nicht aufgeben.

⁴ America (19. 2. 1966) 252 ff.

gen eine solche Rückständigkeit fortgesetzt werden muß." A. Judin, Sekretär des Parteikomitees der Stadt Šuja schreibt in "Kommunist" (Oktober 1965): "Die religiösen Überbleibsel sind lebendig, durch Jahrhunderte hindurch anerzogen, werden von Generation zu Generation weitergegeben und haben die Macht der Gewohnheit, der Tradition angenommen. Eine der Hauptursachen für die Lebendigkeit der religiösen Überbleibsel ist ohne Zweifel in der regen Tätigkeit der Diener der Kirche zu suchen, die nicht nur bemüht sind, ihre einmal gewonnene Stellung zu halten, sondern auch immer neue Menschen an sich zu ziehen, vor allem die Jugend."

Um die Kirche von innen heraus auszuhöhlen, versucht die Regierung, unwürdige Elemente in den Klerus einzuschmuggeln. Das sieht man etwa an der ausdrücklichen Warnung des Patriarchen an die Bischöfe, die Weihekandidaten für die Priesterweihe sich genau anzusehen, bevor sie ihnen die Hände auflegten. Die Moskauer Patriarchatszeitschrift (1965/12) berichtet über eine Rede des Patriarchen bei einer Bischofsweihe, in der er ausdrücklich den neuen Bischof aufforderte, wachsam zu sein und "unwürdige Diener des Altars fernzuhalten". Auch die verhältnismäßig häufigen Fälle von Apostasie von Priestern, die dann zu Propagandisten der Gottlosigkeit werden, deutet darauf hin, daß manche Ungeeignete in den Klerus eingeschleust wurden. Der bekannteste Fall ist der des Alexander Ossipov, der Professor für Altes Testament an der Akademie in Leningrad war. Da seine Frau in Amerika lebt, heiratete er entgegen den Kanones der orthodoxen Kirche noch einmal und wurde deshalb vom Patriarchen gemaßregelt. Er wurde dann zu einem aktiven Verfechter der Gottlosigkeit. Die Apostaten sollen ein Prozent des Gesamtklerus ausmachen5. Das wäre nicht übermäßig erschütternd. Der Patriarch hatte den Mut, mit öffentlicher Exkommunikation gegen die Apostaten einzuschreiten. Ossipov wurde hier namentlich genannt. Der Patriarch hielt bei einer Friedenskonferenz am 16. Februar 1960 noch eine mutige Rede, in der er die historischen

Verdienste der Kirche für die Nation hervorhob und sich offen über die Ungerechtigkeiten, die der Kirche widerfahren, beklagte⁶.

Inzwischen ist die Sprache des Patriarchen sehr viel vorsichtiger geworden. In einem Interview, das er einem Korrespondenten des italienischen kommunistischen Verlags "Editori Riuniti" im Frühjahr 1966 gewährte, erklärte er, die Beziehungen der russischen Kirche mit der Sowjetregierung seien vollkommen normal, und die Kirche könne mit Gottes Hilfe in Ruhe ihrer Aufgabe nachkommen.

Die beiden Verfasser des Memorandums an die Sowjetregierung hatten kurz zuvor, am 21. November 1965, an den Patriarchen einen offenen Brief gerichtet. Sie erheben darin schwere Vorwürfe gegen einen Teil der orthodoxen Bischöfe und Priester, die durch ihre zu nachgiebige Haltung gegenüber der Sowjetregierung im Begriff seien, die Orthodoxie zu verraten. Diese Gruppe bilde die größte Gefahr für die orthodoxe Kirche. Die große Mehrheit der Bischöfe und Priester sei zwar damit unzufrieden, aber sie schwiegen, weil sie ihre Registrierung zu verlieren fürchteten. Die Kirchenleitung stehe vor der Alternative, entweder energisch zu handeln oder definitiv ins Lager der Gegner überzugehen. Die Priester richteten einen dringenden Appell an den Patriarchen, durch ein offenes Wort Klarheit zu schaffen und ein Nationalkonzil zu berufen.

Im Sommer 1965 überreichten acht Bischöfe, an der Spitze Hermogen von Kaluga, dem Patriarchen ein Memorandum gegen die Synodalentscheidung des Jahres 1961 über die Entmachtung der Pfarrer. Auch sie verlangten die Berufung eines Nationalkonzils. Hermogen wurde durch die Synode aufgefordert, sein Memorandum zurückzuziehen. Er tat es nicht; daraufhin wurde er abgesetzt und in ein Kloster verbannt.

Diese Tatsachen werfen ein grelles Licht auf die tragische Situation der orthodoxen Kirche in Rußland.

Wilhelm de Vries SJ

⁵ Struve a.a.O. 270.

⁶ Vgl. den Text in französischer Übersetzung bei Struve a.a.O. 317-319.